

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

19. August 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

## Anschlag auf den D-Zug Berlin-Köln

### Sieben Reisende und der Zugführer getötet. — Fünf Schwerverletzte. Man rechnet noch mit etwa 12 Toten unter den Trümmern.

Die Chronik der schweren Eisenbahnkatastrophen auf der Deutschen Reichsbahn ist um eine neue vermehrt worden. Der Schnellzug Berlin-Köln entgleiste in der Nähe von Leiferde (Hannover), wie man glaubt, infolge eines Bahnspreibels. Acht Personen wurden dabei getötet und viele schwer verletzt.

#### Die amtlichen Berichte.

Hannover, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichsbahndirektion Hannover gibt soeben über das Eisenbahnunglück auf der Strecke Berlin-Hannover-Dortmund folgenden Bericht heraus: Heute nacht 2 Uhr 10 Min. entgleiste zwischen Leiferde und Bick 169 der Schnellzug D.8 Köln. Die Maschine und sieben Wagen sprangen aus den Schienen. Ein Teil stürzte den 1 1/2 Meter hohen Damm herunter und legte sich auf die Seite. Der siebente D-Zugwagen hat sich auf den sechsten hinaufgeschoben und ihn vollständig zertrümmert. Bisher sind der Zugführer und fünf Reisende als tot, drei Reisende und legte sich auf die Seite. Der siebente D-Zugwagen hat sich auf den sechsten hinaufgeschoben und ihn vollständig zertrümmert. Bisher sind der Zugführer und fünf Reisende als tot, drei Reisende und zwei Zugbedienstete als verletzt festgestellt. Ursache des Unfalls ist offensichtlich Bahnstrecke, begangen durch Lösung eines Schienenloches und der Schwellenschrauben. Die Rettungsarbeiten sind sofort aufgenommen. Eine Anzahl Ärzte und die Hilfszüge aus Oesfelde, Lehrte und Hannover waren in kürzester Frist zur Stelle. Der Präsident der Reichsbahndirektion Hannover hat sich unverzüglich zur Unfallstelle begeben.

Berlin, 19. August. Die Zahl der bei dem Eisenbahnunglück bei Meinerden ums Leben gekommenen Personen beträgt nach den neuesten Feststellungen sechs, unter ihnen befindet sich der Berliner Zugführer Jordan. Als Verletzte wurden bisher drei Personen festgestellt. Unter ihnen befindet sich der Packmeister Gebert und eine Wartefrau. Die Feststellung der Zahl und der Namen der Toten wird dadurch außerordentlich erschwert, daß diese sich in einem Wagen befinden, der durch den nachfolgenden vollständig eingebrückt ist. Es scheint nunmehr einwandfrei festzustellen, daß es sich um einen Bahnspreibels handelt, da neben den Gleisen losgeschraubte Loshen und Loshenbolzen gefunden wurden. Generaldirektor Dr. Dormmüller wird sich noch heute vormittag an die Unfallstelle begeben.

Die Zahl der Toten hat sich nach einer weiter unten stehenden Meldung auf acht erhöht.

#### An der Unfallstelle.

Hfenbüttel, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Unfallstelle bietet ein Bild der Verwüstung und läßt ziemlich deutlich erkennen, wie die Katastrophe in der Nacht sich abgespielt hat. Die Unfallstelle, die fast genau in der Mitte zwischen Leiferde und Meinerden bei Cölkorn liegt, ist auf freiem Felde gelegen. Der Bahnkörper erhebt sich an dieser Stelle glücklicherweise nur etwa einen Meter über den Boden, und diesem Umstand ist es zu verdanken, daß das Unglück nicht noch einen weit größeren Umfang angenommen hat. Wäre an dieser Stelle eine hohe Böschung vorhanden gewesen, so hätten zweifellos die abstürzenden Waggons zahlreiche Reisende unter ihren Trümmern begraben. Die Lokomotive mit dem Kohlenwagen liegt rechts umgekippt auf freiem Felde, die nächsten beiden Wagen liegen gleichfalls auf der Seite dicht dahinter, und die nächsten beiden Waggons sind auseinandergefahren, und zwar so, daß der schwach besetzte Wagen erster und zweiter Klasse auf den stark besetzten Wagon dritter Klasse sich aufgeschoben hat. Die anderen fünf Wagen, normale D-Zug-Waggons, stehen zum Teil noch im Gleis, zum Teil sind sie mit zwei Achsen in den Sand gefahren. Die Lokomotive hat, wie die Vertiefungen in den Holzschwellen deutlich zeigen, hinter der Stelle, wo sie aus den Schienen herausgesprungen ist, noch 13 Meter zurückgelegt und ist dann erst umgeklagen. Der Lokomotivführer, der ebenso wie der Heizer mit geringfügigen Verletzungen davongekommen ist, konnte heute vormittag, nachdem beide Beamten sich von dem ersten Schrecken erholt hatten, dem Staatsanwalt und den Reichsbahn-ingenieuren bereits eine Schilderung geben. Beide berichten übereinstimmend, daß der Zug mit einer Geschwindigkeit von etwa 80 bis 85 Kilometer gefahren sei, als der Lokomotivführer unter sich ein furchtbares Klirren und Krachen vernahm. Instinktiv habe er den Regulator zurückgerissen und gleichzeitig die Luftdruckbremse voll geöffnet. Diese Darstellung entspricht zweifellos den Tatsachen, wie aus den Bremspuren hervorgeht. Weiter erklären die Beamten, daß die Maschine noch ein oder zwei Sekunden geradeaus gefahren und sich dann nach der rechten Seite überlegt habe. Heizer und Lokomotivführer klammerten sich gefühlsmäßig an die offenen Fenster und konnten schon wenige Sekunden nach dem Unglück die Lokomotive verlassen. Sie sahen im Dunkeln hinter sich die umgekippten Waggons und hörten die Hilferufe und das Schreien der Reisenden. Zusammen mit dem Zugbegleiter und einigen besonnenen Passagieren konnten sie die ersten notwendigen Vorkehrungen treffen, um die Strecke abzuschirmen und späterkommende Züge zu warnen. Mit dem Morgengrauen gingen die Rettungskolonnen an die Bergung der Toten und Verwundeten. Während die beiden ersten umgestürzten Wagen sich verhältnismäßig leicht öffnen ließen, war es unmöglich, in die beiden auseinandergefahrenen Waggons einzudringen. Infolgedessen wurde das Dach des D-Zug-Wagens dritter Klasse mit Axten und Sägen aufgesägt, und nur sehr langsam konnten die Mannschaften durch das Gewicht der Eisenträger und Holzbohlen vordringen. Bis 11 Uhr vormittags sind 8 tote Passagiere geborgen und nach Hannover in Automobilen gebracht worden. Leider hat er jedoch den Anschein, als ob noch weitere Reisende eingeklemmt unter den Überresten der Waggons liegen. Die Rettungsarbeiten schreiten nur langsam fort, da einzelne Eisenträger mit Sauerstoffapparaten durch-

geschnitten werden müssen, damit man überhaupt an die letzten Abteile herangelangen kann.

#### Die Namen der Toten.

Die Namen der bei dem Unglück bisher geborgenen tödlich verunglückten Personen sind:

- Zugführer Jordan aus Berlin.
- David Kovertpieri aus Cambridge (England).
- Kurt Leiser aus Berlin ED. 33.
- Dito Ebert aus Steintin.
- Reinhard Grunewald aus Berlin.
- Oberingenieur Richard Nann aus Dortmund.
- Frau Julie Stolle, geb. Forsttreuther, aus Berlin.
- Friedrich Schmidt-Ernsthäusen aus Düsseldorf.

Nach einer weiteren Meldung der Reichsbahndirektion Berlin befinden sich unter den Trümmern noch zwölf Tote.

#### Die Bergungsarbeiten.

Hfenbüttel, 19. August. (Drahtbericht.) Die Unfallstelle ist heute früh durch Gendarmen und durch Polizeibeamte aus Hannover im weiten Umkreis abgesperrt worden, um die Bergungsarbeiten nicht zu stören und um die Untersuchung nach den unbekanntem Tätern zu sichern. Vor allen Dingen waren die Rettungskolonnen bemüht, die auseinandergefahrenen Wagen zu trennen, da man vermutet, daß unter den Trümmern immer noch Verwundete oder Tote liegen. Der D-Zug war ziemlich stark besetzt, und besonders die beiden hinter dem Packwagen laufenden Waggons, die Abteile 1, 2 und 3. Klasse enthielten, waren nach Angaben des Zugpersonals von vielen Reisenden besetzt worden. In der ersten Aufregung haben viele Fahrgäste die Unfallstelle verlassen, und aus diesem Grunde ist es noch nicht möglich, genau festzustellen, ob der eine oder der andere gerettet ist, oder ob er sich in den zertrümmerten Wagen noch befindet. Da die Hilfskolonne ununterbrochen mit Ablösungen arbeitet, hofft man bis zur Mittagstunde die zusammengeschobenen Waggons trennen zu können, und erst dann wird es möglich sein, die genaue Zahl der Verletzten und Toten angeben zu können. Die Nachricht von dem furchtbaren Unfall hat, wie immer, zu übertriebenen Gerüchten Anlaß gegeben. So war in Braunschweig die Meldung verbreitet, daß mindestens 15 Reisende ums Leben gekommen seien, doch entspricht diese Meldung glücklicherweise nicht den Tatsachen.

#### Beginn der Untersuchung.

Noch in der Nacht wurde von den aus Hannover entsandten Reichsbahningenieuren eine Untersuchung der Strecke vorgenommen, die einwandfrei ergab, daß der Berlin-Köln D-Zug einem verbrecherischen Mordanschlag zum Opfer gefallen ist. Man fand neben den Schienen die Lashen und Bolzen, mit denen die Schienen an der Stößstelle zusammengeschraubt sind, liegen, ein Beweis, daß Verbrecher den Schienenstrang unterbrochen haben, um den Zug zur Entgleisung zu bringen. Daraufhin wurde die Staatsanwaltschaft Hannover benachrichtigt, die im Kraftwagen Vertreter der Behörde und der Kriminalpolizei an die Unfallstelle sandte. Auch der Bahnüberwachungsdiens Hannover nahm sofort Untersuchungen auf, die sich darauf erstreckten, festzustellen, ob in den umliegenden Ortschaften verdächtige Personen beobachtet worden sind, die sich in den Abendstunden am Bahndamm zu schaffen gemacht haben. Es entsteht vorläufig die Frage, ob der Berlin-Köln D-Zug, der bekanntlich auch die Bistinger Durchgangswagen mit sich führt, von Räubern zur Entgleisung gebracht worden ist, die im Dunkel der Nacht Beute zu machen hofften, oder ob die Täter aus anderen Gründen das Unglück veranlaßt haben.

#### Eisenbahnunglück zwischen Paris und Rouen.

Paris, 19. August. (R.B.) Gestern Abend sind bei Los Andelys zwischen Paris und Rouen von einem Personenzug fünf Wagen aus den Schienen gesprungen. Eine Person wurde getötet, eine schwer und mehrere andere leicht verletzt.

#### Das Ende in Magdeburg.

Die Voruntersuchung geschlossen. — Der Staatsanwalt hat das Wort.

Magdeburg, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer amtlichen Mitteilung ist die Voruntersuchung in der Mordsache Helling abgeschlossen, nachdem Schröder ein volles Geständnis abgelegt hat. Die Akten sind der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

#### Bacmeisterei gegen Severing.

Blödsinnige Verleumdungen.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß die Bacmeister und Genossen Material zu einem neuen Verleumdungsfeldzug gesammelt haben, das sie in der nächsten Zeit zu verschleppen gedenken. Worum es sich dabei im einzelnen handelt, will nun die „B. z. a. Mittag“ wissen. Danach soll beabsichtigt sein, gegen den Sen. Severing den Vorwurf zu erheben, er sei an einem dänischen Fettimport und an einer großen Schahschreibung geschäftlich beteiligt gewesen! Außerdem habe er Posten bei der Schutzpolizei gegen Provision vermittelt! Sonst nichts!

Ob eine irrenärztliche Untersuchung der Herren Berkeunder vorgesehen ist, weiß die „B. z.“ nicht mitzuteilen.

## Neue Klippen.

Vor dem Tore zum Völkerbund.

Von Rudolf Breitscheid.

Genf, 18. August 1926.

Wir haben mehr als einmal vor dem Optimismus gewarnt, der da glaubte, daß die Beratungen und Beschlüsse der „Studienkommission“ alle Hindernisse beseitigt hätten, die dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund noch im Wege standen, und wir haben mehr als einmal vor den Gefahren gewarnt, die die Verschleppung einer endgültigen Lösung des Problems der Ratsverteilung mit sich bringen könne. Nun ist das eingetreten, was wir befürchtet haben: einen halben Monat vor dem Beginn der ordentlichen Tagung des Völkerbundes ist alles noch — oder wenn man so will wieder — im Ungewissen. Auf Antrag der Madrider Regierung wird die Studienkommission aufs neue zusammentreten, um über den Anspruch Spaniens auf einen ständigen Ratsitz zu befinden, und einstweilen weiß niemand, ob wir uns nicht am Ende dieser Konferenz wieder dort befinden, wo wir im März gestanden haben.

Wo liegt die Schuld? Das „Journal de Genève“ brachte dieser Tage eine Meldung, nach der in Paris sehr peinlich empfunden werde, daß die deutsche Regierung nach wie vor auf der Forderung bestehe, es dürfe zurzeit kein anderer Staat als Deutschland ständiges Mitglied des Rates werden. Wenn diese Nichtstimmung, was man zunächst noch bezweifeln möchte, tatsächlich in Frankreich herrschen sollte, so würde sie sich nur aus einer vollständigen Verleugnung der Situation erklären lassen. Gewiß hat die deutsche Delegation in Übereinstimmung mit dem Willen der Mehrheit des Rats im März die erwähnte Auffassung verfolgt, und sie war dazu um so mehr berechtigt, als unsere Vertreter in Locarno keinerlei Andeutung darüber gemacht worden war, daß Deutschland das Privileg der Zuweisung eines ständigen Ratsitzes mit anderen teilen sollte. Aber sie fand dabei das Verständnis der Majorität des Rates und der Versammlung, und eben, um zu einem Ausweg aus dem Gestrüpp zu gelangen, in das unbefonnene Zusagen den Völkerbund hatten hineingefahren lassen, wurde jene Studienkommission eingesetzt und wurde Deutschland zur Mitarbeit berufen.

Das Ergebnis war im wesentlichen die Schaffung der halbständigen Sitze, und trotzdem, daß Brasilien seinen Austritt aus dem Völkerbund und Spanien wenigstens den vorläufigen Verzicht auf die Beteiligung an seinen Arbeiten ankündigte, wurde bis in die letzten Wochen hinein der Eindruck erweckt, als ob jetzt alles in Ordnung sei. Wenn jetzt doch noch Schwierigkeiten entstehen, ist man also nicht berechtigt, die Verantwortung dafür bei Deutschland zu suchen. Die im März aufgestellte Bedingung spielt bei den heutigen Auseinandersetzungen — das möchten wir wenigstens annehmen — keine Rolle mehr, sondern es handelt sich darum, ob zugunsten eines bestimmten Staates, nämlich Spaniens, der Grundgedanke der im Mai erreichten Lösung wieder preisgegeben werden soll. Man kann von Deutschland nicht verlangen, daß es jetzt ohne weiteres einer Veränderung des im Mai aufgestellten Programms zustimmt, um die Madrider Regierung bei der Stange zu halten.

Der Wunsch, Spanien dem Völkerbund nicht zu entfremden, ist in Berlin sicher ebenso lebhaft wie in London, in Paris und in Rom, aber wir müssen doch darüber klar sein, daß jedes an Spanien gemachte Zugeständnis, mag es nun in einem ständigen Sitz oder in der sofortigen Anerkennung seiner Wiederwählbarkeit nach drei oder fünf Jahren bestehen, die nicht unberechtigten Ansprüche anderer Staaten auf die gleiche Behandlung nach sich ziehen wird. Natürlich besteht die Möglichkeit, sie abzulehnen, aber ganz abgesehen davon, daß dadurch bei den Zurückgewiesenen eine der Arbeit des Völkerbundes sehr abträgliche Stimmung erweckt würde, läme Deutschland, wenn es sich an einer Schließung der Tür nach Spaniens Eintritt beteiligte, in eine ganz besonders mißliche Lage. Es hat seinerzeit ganz allgemein und ohne eine bestimmte Nacht zu nennen, der Schaffung eines weiteren Ratsitzes im Moment seines Beschlusses widersprochen. Würde es jetzt die eine Nacht annehmen und die andere ablehnen, so diskreditierte es sich selbst, und wenn die andere Nacht Polen wäre, so würde es außerdem das Ergebnis der so notwendigen Bemühungen um einen Ausgleich mit diesem Lande aufs schwerste gefährden.

Nun wird die deutsche Regierung den Zusammentritt der Studienkommission, der für den 30. August vorgesehen ist, nicht verhindern können, aber sie wird nach Lage der Dinge gut daran tun, sich bei den Verhandlungen die denkbar größte Zurückhaltung aufzuerlegen. Mögen die anderen das heiße Eisen anfassen und sehen, wie sie die verschiedenen Wünsche und Interessen miteinander in Einklang bringen. Sie werden es schließlich auf eine Wiederholung des Fiascos vom März nicht ankommen lassen, und in Genf glaubt insbesondere niemand daran, daß etwa Italien im Fall der Ablehnung eines ständigen Sitzes für Spanien sein Veto gegen die Zulassung Deutschlands einlegen werde. Dazu muß die Abneigung der großen Mehrheit der Völkerbundsmitglieder gegen eine irgendwie geartete Bevorzugung einzelner Staaten über den Kreis der mit einem ständigen Sitz bedachten Großmächte hinaus in Rechnung gestellt werden.

Am Ende wird sich also doch nach aller Wahrscheinlichkeit alles ordnen. Doch das Bedenkliche bleibt, daß die Auseinandersetzungen, die jetzt kurz vor dem Zusammentritt der Voll-

verfassungsgemäß geföhrt werden, die Stellung des Völkerbundes in der öffentlichen Meinung der gesamten Welt nicht festigen. Man kommt über die Klippen hinweg, aber das Schiff bleibt nicht unbeschädigt, und diese Gefahr wird immer wiederkehren, solange die Staaten nicht gelernt haben, die Rücksicht auf ihre besonderen Wünsche und auf ihr Prestige dem Interesse der Gesamtheit unterzuordnen. Davon, und das will sagen, von einem Völkerbund, der seinen Namen verdient, sind wir einstweilen noch recht weit entfernt. Dürfen wir hoffen, daß Deutschland, wenn es der Weltorganisation angeschlossen ist, mit dazu beitragen wird, ihr den rechten Geist einzuföhren?

## Der Riß in der KPD.

### Die Fraktionsarbeit der Opposition.

Die „Rote Fahne“ stellt heute fest, daß Ruth Fischer und Maslow auf die Veröffentlichung des vertraulichen Rundschreibens mit keiner Silbe geantwortet haben. Sie zieht daraus den Schluß, daß beide mit der Partei innerlich bereits gebrochen haben. Ueber die Fraktionsarbeit der Opposition berichtet sie:

Der gemeinsamen Plattform Ruth Fischer-Maslow mit Rorsch ging voraus eine systematische, groß angelegte Fraktionsarbeit mit dem offensichtlichen und bewiesenen Zweck der Vorbereitung der Spaltung der Partei. Die Fraktionsleitung Ruth Fischer-Maslow mochte sich förmlich die Rechte eines Zentralkomitees an. Sämtliche Direktoren und Redaktionen gingen von dieser Stelle aus. An die Organisationen der Partei wurden Berge von Fraktionsmaterial geschickt. In Berlin wurden Referentenkurse abgehalten, die Korrespondenten erschienen in den Versammlungen mit besonderen Referententexten, die Fraktionsvertrauensleute erhielten den Auftrag, sich möglichst unaufrichtig der Kollaboration zu bemächtigen usw. Nicht nur das, die Spaltungsvorbereiter veruchten, ihr Gift auch in die mit der kommunistischen Partei sympathisierenden proletarischen Massenorganisationen zu tragen. Sie veruchten, die Einheit und Geschlossenheit des Roten Frontkämpferbundes zu vernichten und dort ihre eigenen Fraktionen zum Zwecke des Kampfes gegen den Einfluß der kommunistischen Partei im Roten Frontkämpferbund zu organisieren.

Eine ähnliche Tätigkeit verucht die Fraktionsleitung der Spaltungsvorbereiter in den anderen Bezirksorganisationen des Reiches zu entfalten. In alle Bezirke wurde das Fraktionsmaterial geschickt. Besondere Emisäre wurden ins Reich geschickt mit dem Auftrage der Unterminierung der Parteiarbeit, der Zerstückelung der Parteileitungen unter Bildung ähnlicher Fraktionen wie in Berlin.

Unsere Partei wird diesem Spul jetzt ein Ende bereiten. Die gewaltige Mehrheit der Partei steht fest auf dem Boden der Beschlüsse der kommunistischen Internationale und ist eine eiserne Mauer, an der alle Spaltungsvorbereiter abprallen müssen. Wir sind jedoch gewiß, daß wir im Kampfe um die Einheit der Partei auch auf die oppositionellen Genossen nicht weniger rechnen dürfen.

Aber jenen, die das teuerste Gut der Arbeiterklasse, die Einheit der kommunistischen Partei zerreißen und zerstören wollen: Erbitterter Kampf bis zu ihrer restlosen politischen Vernichtung.

Die nächste Etappe dieses Kampfes dürfte der Ausschluß von Ruth Fischer und Maslow sein, denen auch Urbahns wohl folgen wird. Beim Wiederaustritt des Reichstags werden die ausgeschlossenen Kommunisten bald eine eigene Fraktion aufmachen können.

## Weltfriedenskundgebung.

### Im Freilichttheater zu Boisjy-la-Rivière.

Paris, 19. August. (W.F.) In der großen Freilichttheater-Versammlung des Weltfriedenskongresses zu Boisjy-la-Rivière erklärte der Vorsitzende des Verwaltungsrats des internationalen Arbeitsamtes, Arthur Fontaine: Es gibt keinen Unterschied mehr zwischen ehemaligen Verbündeten und ehemaligen Feinden. All das ist verschwunden. Wir sind nur ein einziges Volk.

## Haller-Revue.

Sie nennt sich „An und aus“, ist aber durchaus nicht so kurz, wie der Titel ahnen läßt. Sehr kurz gekommen ist wiederum nur der Geist. Wie oft muß das gesagt werden! Auch diese Revue hat keinen Inhalt, keinen roten Faden, keinen anderen, als einen Sensationsstimm. In Wirklichkeit ist auch das bühnen Witz und Laune gar nicht von den Hausdichtern Haller, Radeamus, Wolff, sondern von Morgan und Ehrlich. Gestern proklamierte man die Programmlosigkeit und Zusammenhanglosigkeit der Revuebilder als fundamentales Gesetz. Und handelte danach, ohne Handlung. Die beste Szene blieb der Monolog, in dem Morgan die heutige Pressestimmen aus Büstenbüchern vorlas. Wozu die Presse ist! Wären fünf solcher Szenen gewesen, so wäre man zufrieden gewesen. Aber es kam, wie immer: das Wort wurde zur Verlegenheit, zum Lachen, zum notwendigen Uebel, zur Ausrede für Lätze, immer wieder Lätze und Bilder. Ränder gute Witz dabei, mancher bessere Kataster. Eine Radio-Szene mit der ganzen Desillusionierung einer Dichtung wirkte wahrhaft erschütternd; die kleine Perfidie der Modenschau, wo mitten in tragische Begebenheiten hinein jeder Mann und jedes Mädchen zu lieblicher Melodie das neue Kostüm vorführt; die hurtige Coupletreise durch die ganze Welt mit schnell ertauchten Hüten, Schals und Tanzrhythmen — das waren ein paar Dajen für den Geist in all dem Schaugepränge.

Aber sind dazu drei ausgewählte Textpassagen nötig? Die beiden Dichtern Morgan und Ehrlich mit den zwei blechernsten Stimmen Berlins überboten sich an Pointen. Der Witz Ehrlichs währte am längsten, aber auch die des Kollegen werden noch über — Morgan kolportiert werden. Von den sonstigen Spielern ist Vilkas in der Fünfstunde erschütternd durch Ruhe und dummes Gesicht. Trude Hesterberg bleibt ewig jung, sie trägt ihre Kostüme mit Bravour und leitet ein paar Szenen mit wahrhaft bestürzender Humor. Eine anstehende lustige Dispute, die sehr klug ihre Schläger bringt und niemals vergessen läßt, daß das süße Weib eine Kommode ist. Ausstattung und Kostüme von Raines: blendend, bunt, flüchtig, raffiniert und phantastisch, in ihrer Gesamtkomposition einzig. Das Bild vom Volkslied des Jahres 1926 („Annemie“) schlug ein. Solche Aufbauten sind auch heutzutage und regierungsfremd ein Wunder hallerscher Fertigkeit. Neu im Ensemble der Tanzenden sind Mitty und Lillio; vielleicht ist das gar kein Tanz mehr, sondern Stellung, Plastik. Aber in der Geschmeidigkeit und Grazie ihrer Bewegungen suchen diese beiden ihresgleichen. Wer alles sonst wäre zu nennen! Alice Heagy, die blonde Lustigkeit Odeo mit dem menschenähnlichen Wackelschwein, Kurt Fuh, in allen Tanzjahren ein eleganter Steuermann, die russischen Tänzerinnen, die ertäuenden Zwillinge Dodge Sisters, die Admirals-Girls. Aber was sind sie alle gegen die gesunde Kunst, die ebrierende Klarheit, die Jugend und Sprunghaftigkeit der

Volk, das Volk des Friedens. Der frühere italienische Ministerpräsident.

### Mitti.

der hierauf das Wort ergriff, bekannte sich als entschiedener Anhänger des Friedensgedankens. Er erwähnte, daß seine erste Regierungshandlung die Vermittlung eines Krieges mit Rußland gewesen sei. Er habe auf die von seinen Vorgängern geplante militärische Expedition nach Georgien, das man Italien habe überlassen wollen, verzichtet, obwohl man ihn deshalb scharf angegriffen habe. Aber die Ereignisse hätten ihm recht gegeben, denn zwei Monate später seien die Bolschewiken in Tiflis eingedrungen. Mitti verwies dann auf das Beispiel, das die Schweiz für Europa biete, die während des ganzen Krieges ihre Unabhängigkeit zu wahren gewußt habe, obwohl ihre Bewohner aus Deutschen, Franzosen und Italienern bestanden.

### Europa werde gedeihen, wenn es ein Bund wie die Schweiz sein werde.

Mitti wies darauf hin, daß vor dem Kriege in Europa 25 Staaten bestanden und daß deren Zahl jetzt auf 35 gestiegen sei. Dadurch seien überall Zollschranken entstanden; sie müßten wieder fallen. Als ebenso wichtig wie den Frieden bezeichnete Mitti die Freiheit. Das schlechteste Parlament sei immer noch besser als gar keins. Ohne die Freiheit, ohne das parlamentarische Regime sei es unmöglich, dem Frieden aufrichtig zu dienen. Gemiß seien die Anfänge der Diktatur angenehm, aber sie sei die Politik der persönlichen Unfähigkeit, des Verzichts und der Trägheit. Man müsse auf die Demokratie vertrauen, daß sie der Welt den Frieden sichern werde, der mit der Freiheit unzertrennlich verbunden sei.

### Der französische General Bertraud wandte sich scharf gegen den Krieg und Kriegsgeld.

Er erklärte, vor die Wahl gestellt zwischen Napoleon, der Hunderttausende von Menschen habe umkommen lassen, und Pasteur, der unendlich viel Leben gerettet habe, kenne er kein Zögern. Pasteur habe den größeren Anspruch auf Ruhm.

### Der deutsche demokratische Reichstagsabg. Bergsträsser

föhrt aus, das sicherste Mittel, die bei allen Völkern hervortretende pazifistische Tendenz zu unterstützen, sei die Förderung der Achtung, die die Nationen voreinander haben müßten. Sie müßten erkennen, daß jedes Volk für sein Teil zu der gemeinsamen Entwicklung der Zivilisation und des menschlichen Geistes in der Welt beitragen müsse. So werde sich der Geist der internationalen Gerechtigkeit, wie er in der Schweiz herrsche, entwickeln. Redner verwies auf die deutsche Verfassung, die den Minderheiten die notwendigen Rechte, insbesondere den Gebrauch ihrer Muttersprache gewährleiste. Er betonte, daß die Völker, die während des Krieges und nach dem Kriege alle gleichmachten gelitten hätten, sich bemühen, die zwischen ihnen errichtete Mauer des Hasses niederzureißen. Aber man müsse sich auch hüten, nach dem Niederreißen der ersten Mauer eine zweite durch Zollschranken aufzurichten. Nur durch den Freihandel könnten die Völker zum wirtschaftlichen und technischen Fortschritt der Welt beitragen. Die Verwirklichung der Idee des europäischen Friedens hänge in erster Linie von den deutsch-französischen Beziehungen ab. Die friedliche Invasion von Bierolle habe vielen Deutschen bewiesen, daß

### Die Idee des Friedens auf beiden Seiten Fortschritte

mache. Im Jahre 1919 hätte niemand in Deutschland einen solchen Zustrom von Deutschen nach Frankreich anlässlich eines Friedenskongresses für möglich gehalten. Trotzdem sei es Wirklichkeit, und das ganze Verdienst hierfür gebühre den französischen Linksparteien und dem Geiste der Gerechtigkeit, den sie gegenüber Deutschland hielten. Schließlich gab der Abg. Bergsträsser der Hoffnung Ausdruck, daß gerade um der Sache des Friedens willen der Frage der Belegung deutschen Gebiets bald so weit wie möglich die Schärfe genommen werde.

## Die Aussichten in Genf.

### Eintägige Vorberlegung der Ratsitzung.

Genf, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerbundsrat versammelt sich schon am 2. anstatt dem 3. September. Man schließt aus dieser Terminänderung, daß die Mehrheit des Völkerbundsrats die Beratungen der Studienkommission möglichst abkürzen will. Es besteht allem Anschein nach wenig Rei-

gung, das ganze Ratsproblem nochmals aufzurollen. Die Beratungen der Studienkommission dürften sich also darauf beschränken, Vorführer auszustrecken, ob Spanien nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ein ständiger Ratsmitglied werden soll. Dagegen dürfte sich nicht nur Schweden wenden, auch die südamerikanischen Staaten werden wahrscheinlich mit einer detartigen Lösung nicht einverstanden sein. Es wird deshalb erwartet, daß auch Mussolini auf einen Vorstoß für Spanien verzichtet. Man rechnet aber mit einer Debatte über den Plan, die Wiederwählbarkeit Spaniens nach drei oder fünf Jahren schon jetzt in Aussicht zu nehmen.

Es wird erwartet, daß der Völkerbundsrat vor dem Zusammentritt der Vollversammlung über die Zuerkennung eines ständigen Ratsmitglieds an Deutschland völlige Klarheit schafft und die Reichsregierung dann zur sofortigen Teilnahme an der Vollversammlung eingeladen wird. Die Aufnahme dürfte, wenn alles gut geht, voraussichtlich am 8. oder 9. September nach der Wahl des Bureau und der Kommissionen erfolgen. Die formelle Wahl Deutschlands in den Völkerbundsrat als ständiges Mitglied kann erst nach der Aufnahme Deutschlands durch die Vollversammlung erfolgen. Alle späteren Entscheidungen werden dann unter der Mitwirkung Deutschlands im Rats getroffen.

## Die Verwaltung Tangers.

### Londoner Pressefahne für größere Rechte Spaniens.

London, 19. August. (E.P.) Die Blätter berichten übereinstimmend, daß die Lage in Tanger sehr ernst sei. Der für Donnerstag angekündigte Proteststreik würde dadurch verschärft werden, daß zahlreiche Eingeborene aus der Umgebung nach Tanger kommen würden, um ihre Sympathien mit den Streikenden und der mohammedanischen Bevölkerung sowie ihren Unwillen gegen die schlechte (westeuropäische) Verwaltung kundzutun. Die „Westminster Gazette“ berichtet, der allgemeine Eindruck bei der gesamten Bevölkerung ausschließlich der Franzosen sei der, daß sofort etwas getan werden müsse, um den spanischen Einfluß entsprechend der Zahl der dort lebenden Spanier zu vermehren und um ein Gegengewicht gegen den Einfluß des unter französischer Oberhoheit stehenden Serris von Rabat zu schaffen. Die „Times“ schreibt, es sei wahr, daß die Tangersonne ein Herd von Intrigen gegen die spanische Stellung in Marokko sei und daß die Unzufriedenheit insbesondere mit dem französischen Einfluß allgemein sei, was sich auch in der Entwicklung des Handels deutlich ausprägte. Es sei in der Tat schon vorgeschlagen worden, daß an der internationalen Verwaltung der Völkerbund in irgendeiner Form teilnehme. In einem solchen Falle würde Spanien ein gewisses Recht zu einem Mandat haben. Die spanische Verwaltung in Marokko gestalte sich in der letzten Zeit immer besser. Das Aufwerfen dieser Frage werde aber so viel internationale Schwierigkeiten mit sich bringen, daß die Mächte zunächst einmal versuchen sollten, von sich aus die Verhältnisse zu bessern, denn es sei nicht recht, daß die Eingeborenen unter internationalen Eifersüchtigkeiten litten. Die spanische Regierung sei bisher noch nicht an die englische Regierung mit der Forderung nach Tanger herangetreten, so daß sich die englische Regierung zunächst jeder Stellungnahme enthalten müsse.

Dieser Londoner Pressefahne macht den Eindruck, daß die spanische Forderung möglichst weitgehend erfüllt werden solle, damit Spanien nicht im Völkerbund Schwierigkeiten mache. Der Schlußsatz der vorstehenden Meldung klingt wie eine Einladung an Spanien, die bisher nur in einem Interim Primo de Riberos erhobene Forderung doch in aller Form zu stellen, England werde sich schon dafür einsetzen. (Red. d. B.)

Verlich Ober-Ost. Der Berserkhah hat auf einer Rundreise durch die kürzlich von Aufständen heimgekehrte Provinz Chorasan die Absehung und Verhaftung des Oberkommandierenden der Dliarmee befohlen, dem Erpressungen und Gewalttherrschaft zur Last gelegt werden.

Güterzüge durch die Luft. Die amerikanische Flugzeugindustrie ist zurzeit mit der Ausarbeitung eines großzügigen Planes beschäftigt, der das Flugzeug für den Güterverkehr nutzbar machen und an die Stelle der Eisenbahn treten lassen will. Kürzlich hat eine Unterredung mit dem Präsidenten Coolidge stattgefunden, in der Vertreter der Industrie diesen Plan der Umwandlung des Güterverkehrs ausführlich erläuterten. Man redet der Serienfabrikation von Metallflugzeugen das Wort, weil diese allein für den beabsichtigten Zweck praktisch in Betracht kommen können. Man hält es für möglich, einen solchen Apparat für 38000 Dollar herzustellen zu können, was einer Kostenverminderung von 25 Proz. gleichkommt, wenn das System der Serienfabrikation in Hunderten von Apparaten praktisch eingeföhrt wird. Ein Flugzeug dieses Typs, der mit drei Motoren ausgerüstet ist, würde danach imstande sein, eine Tonne Güter zu befördern, und man könnte damit rechnen, daß viele Großbetriebe den Transport der Güter durch die Luft dem auf der Eisenbahn vorziehen werden. Uebrigens darf nicht unerwähnt bleiben, daß bereits dem Gütertransport dienende Apparate auf der Fluglinie Detroit-Cleveland-Chicago regelmäßigen Dienst versehen. Von 1497 Flügen sind 1467 ohne jeden Zwischenfall ausgeführt worden. Auf diese Statistik gestützt, glaubt die Industrie die Zeit gekommen, den Versuch, das Flugzeug an die Stelle des Eisenbahntransports treten zu lassen, für den Güterverkehr im großen durchzuführen.

Eine russische Kultur-Statistik. Neuerdings veröffentlicht die „Zentrale Bücherkammer“ beim Volksaufklärungskommissariat zahlenmäßige Angaben über die Entwicklung der Presse und Literatur in der Sowjet-Union. — Organisierte Schriftsteller gibt es zurzeit circa 5000. Hierzu gehören nicht die zahllosen Arbeiter-, Land-, Militär- usw. Korrespondenten. Diese werden nach dem Stande vom 1. August 1925 mit der enormen Zahl 216804 beziffert.

Sehr interessant ist die Statistik hinsichtlich des Vergleiches des Standes der literarischen Produktion am 1. August 1925 im Vergleich zur Vorkriegszeit. Danach betrug 1913 die Zahl der Tageszeitungen 800, gegen 595 Zeitungen am 1. August 1925. Die Gesamtauflage war jedoch nur 2800000, im Gegensatz zu einer gegenwärtigen Gesamtauflage von 7300000. Was die Presse der nationalen Minderheiten anbetrifft, die im zaristischen Rußland so aut wie gar nicht existierten, so zählt die Zentrale Bücherkammer zurzeit in den nationalen Republiken und autonomen Gebieten 166 Zeitungen in 32 Sprachen, mit einer Gesamtauflage von 672737. Hinzu kommen noch die gesamten „Wandzeitungen“, die hand- oder maschinengeschrieben in den weissen größeren Betrieben ausgingen. Auch sie werden registriert, da sie unter anderem auch politische Nachrichten bringen. Sie werden insgesamt auf 2700 beziffert. Zeitchriften gab es im letzten Jahre in russischer Sprache 903, in 16 Sprachen der nationalen Minderheiten 80. Bei Beurteilung der Verlagsziffern muß berücksichtigt werden, daß 50 Proz. der gesamten Buchproduktion auf den Staatsverlag allein entfallen. — Die Statistik föhrt insgesamt 2707 Verlagsanstalten auf, von denen die fünfzehn größten allerdings 80 Proz. der gesamten Buchproduktion innehaben.

Genf, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerbundsrat versammelt sich schon am 2. anstatt dem 3. September. Man schließt aus dieser Terminänderung, daß die Mehrheit des Völkerbundsrats die Beratungen der Studienkommission möglichst abkürzen will. Es besteht allem Anschein nach wenig Rei-

## Staatsanwaltschaft und Fall Lessing.

### Eine Erklärung des Genossen Lessing.

Prof. Dr. Theodor Lessing sendet uns folgende Erklärung: Ich erhalte heute, Mittwoch, den 17. August, auf privatem Wege die Mitteilung — eine offizielle Bestätigung ist mir bis jetzt nicht zugegangen —, daß die Staatsanwaltschaft Hannover das Verfahren gegen die Studenten der Technischen Hochschule wegen Beleidigung, Nötigung und Hausfriedensbruch eingestellt habe. Und zwar soll die Einstellung des Verfahrens vom Staatsanwalt damit begründet worden sein, daß ich selber es abgelehnt habe, einen Strafantrag gegen die Studenten zu stellen und daß deswegen ein Verfahren gegen die Studenten nicht eingeleitet werden könne.

Sollte wirklich diese Begründung gegeben worden sein, so würde sie die öffentliche Meinung irreführen. Die Staatsanwaltschaft Hannover erteilt mir die Information, daß das gesetzliche Verfahren völlig unabhängig davon sei, ob ich selber auch privatim Strafantrag stelle oder nicht. Erst auf diese Erklärung des Staatsanwalts hin, habe ich zu Protokoll gegeben, daß ich keine Privatklage stellen wolle, aber ich habe diesen Verzicht auch begründet. Nämlich damit, daß ich die Klage gegen die revoltierenden Studenten für sinnlos hielt, weil durch sie nicht die Anstifter und Veranlasser der Hochschulkränalle getroffen würden.

Ich stelle fest, daß die Staatsanwaltschaft Hannover, als ich bei ihr um Schutz gegen Bedrohung nachsuchte, meinem Anwalt mitteilen ließ, der Fall habe kein öffentliches Interesse. Als dann der Fall zu öffentlicher Beunruhigung sich auswuchs und die Staatsanwaltschaft schließlich gezwungen war, einzugreifen, wurde mir mitgeteilt, ich brauche keine Privatklagen zu stellen, man werde auch ohne das öffentlich vorgehen. Wieder einige Monate später wurde das Verfahren eingestellt mit der Begründung, ich habe es ja abgelehnt, Strafantrag zu stellen.

Ich stelle ferner fest: Die eigentlichen Anstifter sind überhaupt nicht angeklagt worden, weil sie ja „mit legalen Mitteln“ gegen mich gekämpft, d. h. die Gewalttätigkeiten nur veranlaßt, nicht aber in Person verübt haben. Ebenfalls sind die Professoren angeklagt worden, die den Skandal zwar mitveranlaßt, aber natürlich nur „passiv“ sich daran beteiligt haben. Ebenfalls sind die Personen verantwortlich gemacht worden, die in der Lokalpresse durch Monate die Wut der Studenten geschürt und die Bürgerschaft verhetzt haben. So aber wie die Staatsanwaltschaft vorging, war es von vornherein sicher, daß die Sache im Sande verlaufen mußte. Es wurden zweihundert Studenten in eine Untersuchung verwickelt, junge Menschen, die verheißt und ohne jede eigene Sachkenntnis fröhlich randaliert haben. Daß ich gegen diese nicht mitzugehen konnte, liegt doch wohl auf der Hand. Die Namen der schuldigen Agitatoren, Professoren und Zeitungsmänner habe ich genannt. Gegen sie ist nichts unternommen worden.

## Das Abrüstungsprogramm der Union.

### Eine Rede Kelloggs.

New York, 19. August. (Zit.) Staatssekretär Kellogg führte in einer Rede in Washington aus: die amerikanischen Vertreter auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf hätten Vorschläge gemacht, die zu wirklich konkreten Ergebnissen führen können. Der Abrüstungswettbewerb sei die größte Bedrohung des Friedens. Da die Restrukturierungsmethoden und die Militärleistungen der einzelnen Staaten zu stark auseinandergingen, sei es vergeblich, eine allumfassende Formel für eine Abrüstungseinschränkung zu finden. Besser wäre es möglich, bestimmte Gruppen von Nationen, die die gleichen Interessen hätten und von denselben Gefahren bedroht seien, zur Einschränkung ihrer Rüstungen nach einer Allgemeinformel zu veranlassen. Infolge der geringen Stärke seiner Armee sei es für Amerika nicht dringend, zu Lande abzurüsten. Trotzdem sei Amerika entschlossen, der Abrüstungskonferenz jeden Beistand zu gewähren. Amerika würde es freudig begrüßen, wenn die Prinzipien des Washingtoner Vertrages auch auf andere Schiffsgattungen ausgedehnt würden. Amerika wünsche aber endlich Resultate der Verhandlungen zu sehen. In den Zeitungen werde vielfach behauptet, die Genfer Verhandlungen machten aus den Washingtoner Verträgen wertlose Papierfetzen. Das sei absurd. Die Washingtoner Verträge seien auf viele Jahre abgeschlossen, während die Abrüstungskonferenz in Genf nur eine vorbereitende sei. Auch die Behauptungen, daß die amerikanischen Delegierten entschlossen seien, die Genfer Konferenz zeitweilig zu verlassen, seien grundlos. Er demontiere diese Redensarten kategorisch: Die amerikanischen Delegierten würden so lange an der Konferenz teilnehmen, als überhaupt noch Aussichten auf eine Abrüstung vorhanden seien. Kellogg ging dann auf gewisse Meinungsverschiedenheiten in Genf ein und führte aus: Gemisse Mächte propagieren scheinbar die Ausarbeitung einer Abrüstungsformel auf Grund der wirtschaftlichen Hilfsquellen einer Nation mit der Absicht, je nach dem Hilfsquellenbestand die Friedensstärke der Armeen herabzusetzen. Die materiellen Hilfsquellen, so meinte Kellogg, seien aber bei den einzelnen Nationen so verschieden, daß die Annahme einer derartigen Formel unmöglich sei. Keine Nation werde die Reduzierung ihrer militärischen Einrichtungen vom Stande ihrer Industrie und ihrer Hilfsquellen abhängig machen wollen. Welche Möglichkeiten zur Kritik wären vorhanden, wenn man es unternähme, die Abmachungen über die Abrüstungsbeschränkungen auf den wirtschaftlichen Hilfsquellen jeder einzelnen Nation aufzubauen? Amerika jedenfalls würde niemals damit einverstanden sein, seine Rüstungen oder die Ausführung eines Beschränkungsprogramms von einem internationalen Ausschuss überwachen zu lassen. Es werde sich niemals zum Gegenstand der Kontrolle durch auswärtige Ausschüsse hergeben.

## Inflation ist Hochkonjunktur.

### Frankreich ohne Arbeitslose.

Paris, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Das „Journal Officiel“ veröffentlicht eine Statistik über die französische Wirtschaftslage und die Zahl der Arbeitslosen. Daraus geht hervor, daß am 12. August sich in ganz Frankreich nur 351 Arbeitslose befanden, die Arbeitslosenunterstützung bezogen, davon 47 in Paris. Im Jahre 1921 bei der großen Wirtschaftskrise betrug die Zahl der Arbeitslosen 91 000.

### Wortstreit in Frankreich.

Paris, 19. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Kabinettsrat soll Maßnahmen erwogen haben, um die Einfuhr ausländischer Getreides durch stärkere Ausmahlung und Streckung des Getreidevorräts durch Brotzusatz von anderen Nährstoffen einzuschränken. Entsprechende Beschlüsse sollen am Freitag gefaßt und durch Dekrete in Kraft gesetzt werden.

Der Depuٹیerte von Indochina, Dutrey, schlägt in der „Liberté“ vor, zur Begleichung des amerikanischen Guthabens einem Finanzkonkordat, dem in der Mehrzahl Amerikaner, aber auch Franzosen angehören sollen, 1 Million Hektar Land zur Kautschukpflanzung in Indochina zu verpachten.

## Der Großverdiener.

Vor Gericht steht ein junger Mann, Typ unserer Zeit. „Süßlich“, elegant von den feil pomadisierten Haarspitzen bis zu den dolchartig gezeichneten Lackschuhen hinunter. Keine Krawatte ist moderner oder besser gebunden als seine, keine Hose fällt militärisch strammer herunter als seine, niemand versteht sich so zu bewegen und so zu gehen wie er, niemand vermag mit einer leichten Handbewegung eine sehr fatale Angelage eleganter aus der Welt schaffen — zu wollen als er. Wo ein Gott beinahe. Allerdings, kein großer, mächtiger Gott, nur ein kleines, feines, neunzehn- oder zwanzigjähriges Herrgötchen, dem mal ab und zu etwas allzu Menschliches passieren, irgendeine unangenehme Angelegenheit, irgendein fatales Malheur unterzuschlüpfen kann! Denn der junge Mann, dieser elegante, großzügige, noble, junge Mann wohnt und lebt ja unter Menschen, unter einfachen, sündigen, nichtswürdigen Menschen. Und unterhielt Beziehungen zu ihnen. Ganz feine und weniger feine, ganz gute und weniger gute Beziehungen. Die „feinste“ Beziehung, von der er im wahren Sinne des Wortes lebte, lebte, und allen, die es hören wollten, und selbst vielen, die es nicht hören wollten, erzählte, war das „Geschäft“, für das er reiste, und das ihm 800 Mark im Monat einbrachte, wie er sagt. Die am wenigsten feine Beziehung war Frau Trude. Frau Trude ist zwar eine gute, ehrsame, tadel- und makellose Frau, aber sie besitzt eine in den Augen des großzügigen, noblen jungen Mannes unausheilliche Eigenschaft. Sie ist hartnäckig, beinahe wahn- sinnig hartnäckig, wie er sagt. Uneigennützig, großzügig und nobel, wie er nun einmal ist, nahm er bei ihr einmal „einige Lappen“, um ihr durch seine berühmten Beziehungen Stoffe zum Selbstkostenpreis zu beschaffen. Sie aber wagte es, seine Robuste zu mißbrauchen und ihn alle vier Wochen wenigstens einmal an sein Versprechen zu erinnern. Was ihn aber ganz außer sich geraten ließ, war, daß sie ihn öffentlich des Betruges beschuldigte. Man darf eben nie uneigennützig, großzügig und nobel sein, sagte er.

Unglücklicherweise fand der Richter ein Haar in der von wirklich nachgezogenen Lippen gefochten Borstuppe des eleganten jungen Mannes; er fand, daß zwar in der Angelegenheit der am wenigsten feinen Beziehung (Frau Trude) alles, in derjenigen der „feinsten“ Beziehung (monatlich 800 Mark) nur etwas stimmte, und er entließ ihn daher mit strengem Tadel und einer empfindlichen Geldstrafe.

## Zeichen der Not.

### Eine Statistik des Staatlichen Leihamtes.

In jedem Jahre ist eine Erhebung angestellt worden über Stand und Beruf der Personen, die im Oktober des jeweiligen Jahres Pfandgeschäfte mit dem Staatlichen Leihamt abgeschlossen haben. Die Erhebung für das Jahr 1925, die der preussische Finanzminister dem Landtag zugestellt hat, ist insofern von nicht geringer Bedeutung, als in ihr die Not, in der sich viele Schichten befinden, unverhüllt zum Ausdruck kommt. Danach setzten sich die Personen, mit denen die ersten 2000 Pfandgeschäfte abgeschlossen wurden, aus folgenden Ständen und Berufen zusammen:

Fabrik- und Bauarbeiter, landwirtsch. Arbeiter, Kutscher, Hausdiener usw.	109
Handwerker, Gesellen, Lehrlinge, Kellner	289
Hausangestellte, Diener, Krankenpfleger	84
Kaufm. und Bureauangestellte, Handlungsgehilfen, Ingenieure, Techniker usw.	432
Beamte, Lehrer, Angehörige der Reichswehr und der Schulpolizei	206
Selbständ. Gewerbetreibende und Händler, selbständ. Kaufleute und Handwerker, Landwirte usw.	170
Musiker, Artisten, Schauspieler und andere künstlerische oder freie Berufe	44
Kerzer, Zahnärzte, Apotheker, Rechtsanwälte und andere wissenschaftliche Berufe	59
Rentner und Personen ohne Beruf	männlich 10 weiblich 416

Auffallend groß ist nach dieser Zusammenstellung die Zahl der sogenannten „besseren“ Angestellten, die mit dem Leihamt Pfandgeschäfte abgeschlossen haben. Ein Beweis mehr dafür, daß die soziale Lage der Mittelschichten heute keine glückliche ist. Doch geht daraus, daß die Arbeiter an Zahl verhältnismäßig weniger vertreten sind, noch keineswegs hervor, daß sie ohne wirtschaftliche Sorgen sind. Die Arbeiter haben zu meist nichts mehr zum Versehen. Krieg und Inflation haben ihnen bereits das letzte genommen.

## Das Ende eines jungen Abenteurers.

### Zum Raubüberfall im Eisenbahnzug.

Die Leiche des Räubers, der in der Nacht zum Mittwoch nach dem Überfall auf Frau Loen bei Rahnsdorf aus dem Zuge sprang und dabei tödlich verunglückte, wurde gestern von Beamten des Erkennungsdienstes eingehend beschickt. Die Fingerabdrücke ergaben, daß der Tote hier in Berlin noch kein Strafzeichen hat. Aus verschiedenen Papieren geht wohl ohne Zweifel hervor, daß er am 13. Januar 1902 in Berlin geborene Walter Brohn ist. Er wohnte zunächst bei seinen Eltern in Berlin und erlernte dann in Bukow die Gärtnerlei. Der Wandertrieb zog ihn in die Welt hinaus. Im Jahre 1924 wollte er ganz nach Kanada übersiedeln. Aus Papieren, die bei der Leiche gefunden wurden, geht hervor, daß es dazu nicht gekommen ist. Brohn ist vielmehr als Kohlentrimmer auf verschiedenen Schiffen gefahren. Im April, Mai und Juni d. J. war er auf der „Brigitte Sturm“, Ende Juni heuerte er ab und hielt sich, wie aus Beitfragen festgestellt wurde, einige Zeit in Hamburg und Altona auf, um dann zu seiner Mutter zu gehen. Am 7. d. M. erklärte er seiner Mutter, daß er wieder nach Hamburg fahren wolle, um ein Schiff nach Amerika zu suchen. Statt dessen machte er schon in Berlin Station. Hier gab er am 9. d. M. sein Gepäck auf dem Bahnhof Alexanderplatz in Verwahrung. Die Kriminalpolizei fand es dort heute morgen und beschlagnahmte es. Seine Mutter hat seit dem 7. d. M. nichts mehr von ihm gehört, bis sie gestern über den Vorgang bei Rahnsdorf benachrichtigt wurde. Daß der Tote der Räuber ist, unterliegt keinem Zweifel, denn das geraubte Portemonnaie, das er bei der Flucht aus dem Zuge ebenso wie die Pistole noch in der Hand gehabt haben muß, lag wie viele an der Stelle, an der er aus dem Abteil sprang. Etwa 20 Meter davon entfernt lag die Leiche. Der aus entgegengesetzter Richtung kommende Zug, der den Räuber überfuhr, hat den Körper noch so weit mitgeschleppt.

## Fortgeleitete dreiste Fahrraddiebstähle.

Der Fahrraddiebstahl steht augenblicklich in höchster Blüte. Altem Anscheine nach arbeitet eine Bande von Spezialisten auf Bestellung, denn nach gewissen Beobachtungen nehmen die Diebe immer nur Räder, die ihnen für ihre Zwecke entsprechend ihrem Ausstrich passen, während sie andere, die ihnen ebenso erreichbar sind, stehenlassen. In einem einzigen Tage wurden einem Beihing auf dem Kaiserplatz in Friedenau ein Herrenrad, in der Potsdamer Straße zu Steglitz Schülerinnen aus Nikolasse und Zehlendorf ihre Fahrräder und aus einem verschlossenen Keller in der Steinstraße ein Damenrad der Marke „Panzer“ gestohlen.

## Einsam gestorben?

Ein verdächtiger Todesfall beschäftigte gestern nachmittag die Kriminalpolizei. Der 38 Jahre alte Arbeiter Adolf Friedrich, der für sich allein in der Schwedenstraße 15a wohnte, war einige Tage lang nicht mehr gesehen worden und auch auf seiner Arbeitsstelle nicht erschienen. Man machte deshalb gestern die Kriminalpolizei aufmerksam. Beamte des 48. Reviers schlossen, weil ihnen auf Klopfen und Klingeln nicht geantwortet wurde, die Wohnung mit einem Nachschlüssel auf und fanden Friedrich an-

gekübelt mit dem Kopf in einer großen Bluffache tot auf dem Fußboden liegen. Das Blut war aus einer Wunde am Hinterkopf geflossen. Die Ermittlungen ergaben, daß der Mann an Krämpfen gelitten hat. Ohne Zweifel ist er in einem Krampfanfall hingeschlagen und hat sich die tödliche Verletzung durch Aufschlagen auf den Fußboden zugezogen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

## Ein Fall von spinaler Kinderlähmung.

### Bisher nur Verdacht, keinerlei Gefahr.

Seit mehreren Tagen befindet sich im Spandauer Krankenhaus die 10jährige Dora Brose unter dem Verdacht der spinalen Kinderlähmung. Das Kind ist schon am 13. August in das Krankenhaus übergeführt worden, nachdem seine einige Zeit vorher eingetretene Erkrankung zumindest Verdacht einer echten spinalen Kinderlähmung rechtfertigte.

Es handelt sich bei der wirklichen Kinderlähmung um eine ziemlich gefährliche, nicht selten sogar tödlich verlaufende Infektionskrankheit, deren wirklicher Erreger bisher nicht mit Sicherheit festgestellt ist. In dem vorliegenden Falle machte die kleine Patientin bei der Aufnahme keinen besonders kräftigen Eindruck. Trotzdem wurde sie, um eine Weiterverbreitung zu verhindern, der Kinderstation in einem Einzelzimmer streng isoliert. Eine Gefahr besteht zurzeit für das Kind nicht, ebenso ist nach der bisher getroffenen Vorkehrungen (das Kind kam frühzeitig genug ins Krankenhaus) kein Grund zur Beunruhigung vorhanden. Ganz abgesehen davon, daß es sich bisher immer nur um einen Krankheitsverdacht handelt.

## Vom Lebenskunde-Unterricht.

### In der Charlottenburger Freien Schulgemeinde.

Ein Teilnehmer dieses Unterrichts sendet uns folgende Darstellung, deren Zweck ist, eine größere Zahl Eltern für den Unterricht zu interessieren. Er schreibt:

„Der Unterricht in der Lebenskunde ist kein Unterricht, wie man ihn sonst in den Schulen findet. Er hat die Form einer freien Zusammenkunft der Schüler mit dem Lehrer, der hier nicht wie sonst als Gebieter, sondern wie ein älterer Teilnehmer und Berater auftritt. Er erzählt uns, wie es in der weltlichen Schule zugeht. Wir besprechen mit ihm politische und sonstige Tagesfragen, ohne daß er seine eigene Meinung dabei erkennen läßt. Der Unterricht hat daher den Vorteil, daß die Kinder sich eine eigene Meinung bilden und nicht, wie das heute so oft geschieht, mit Abzweigen herumlaufen, ohne sich über ihre wirkliche Bedeutung klar zu sein. Auch werden Erzählungen gelesen und besprochen und geschichtliche Vorgänge erklärt. So wurde das Verhältnis zwischen Voltaire und Friedrich II. behandelt und dabei Verständnis für den großen Franzosen, der im Unterricht der anderen Schulen gewöhnlich zu kurz kommt, erweckt, und ähnliches. In meiner Schule z. B. schneidet der deutschsprachige Lehrer einem Schüler, der etwas gegen seine Fürstenerherrlichkeit vorbringen möchte, kurzweg das Wort ab. Ein solcher Unterricht hat für die Erziehung der Kinder zum eigenen Denken keinen Wert. In der „Lebenskunde“ aber kann man sich frei ausdrücken und auch abweichende Ansichten vertreten. Wir wenden uns an die Eltern, die auf unserem Boden stehen, damit dieser Unterricht ohne allzu schwere Belastung der Freien Schulgemeinde durchgeführt werden kann. Wir rufen ihnen zu: Eltern, schickt eure Kinder in den Lebenskunde-Unterricht! Er findet Freitags von 4 bis 6 Uhr im Jugendheim, Rosinenstr. 4, statt.“

## Doppelselbstmord eines Ehepaares.

Mieter des Hauses Rantkestraße 11 nahmen heute morgen aus der Treppentür einen starken Gasgeruch wahr, der aus der Wohnung des Leutnants a. D. Paul Schmidt kam. Als auf wiederholtes Klopfen nicht geöffnet wurde, benachrichtigte man die Polizei und einen Schlosser, der die Tür öffnen sollte. Die Tür war aber von innen so gut verriegelt, daß es dem Handwerker nicht gelang, sie zu öffnen. Erst der herbeigerufenen Feuerwehr gelang es, den Beamten Einlaß zu verschaffen. In dem mit Gas angefüllten Zimmer wurde der 39jährige Paul Schmidt und dessen 46jährige Ehefrau Susanne leblos aufgefunden. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß das Ehepaar wegen Nahrungsvorgen gemeinsam aus dem Leben geschieden ist.

Zu der Familientagbude in der Fehrmannstraße wird uns mitgeteilt, daß es völlig unzutreffend ist, daß der Mann der Frau Kallweit, die ihrem Leben durch Erhängen ein Ende machte, vorbestraft ist. Er hat sich bis jetzt keine strafbare Handlung zuschulden kommen lassen, war auch bis jetzt bei der Reichsbahn angestellt. Er wurde lediglich in Haft genommen, weil er vor kurzem dabei betroffen wurde, wie er auf einem Güterwagen am Spreewerter Schnaps getrunken hatte. Dieser Schnaps soll angeblich Bahngut gewesen sein. Das ist aber noch nicht erwiesen, und das soll auch die Unteruchung erst ergeben. Erst auf diesen Vorfalle hin wurde ihm von der Reichsbahn gekündigt.

Ein größeres Feuer, das in kurzer Zeit einen Schuppenkomplex in Asche legte, kam heute vormittag kurz nach 11 Uhr auf einem Lagerplatz in der Bismarckstraße 18 in Steglitz zum Ausbruch. Vorübergehende sahen aus einem Schuppen Rauch aufsteigen und Flammen emporlodern. Die Feuerwehr wurde alarmiert, die nach kurzer Zeit mit drei Löschzügen an der Brandstelle erschien. Das Feuer konnte von allen Seiten gut erfaßt werden, und nach etwa einstündiger Tätigkeit — es wurde aus vier Rohren großen Kolibers Wasser gegeben — war die Hauptgefahr beseitigt.

Zehlendorf. Infolge der in den letzten Tagen sehr zahlreich eingegangenen Anmeldungen auswärtiger Kameraden zur Teilnahme an der Bannerweihe des Zehlendorfer Reichsbanners am 22. August werden die Zehlendorfer Republikaner und Sozialisten gebeten, den auswärtigen Gästen Nachquartier zur Verfügung zu stellen. Umgehende Anmeldungen an Fritz Grüneberg, Zehlendorf, Gartenstr. 18, erbeten.

Der Männerchor Friedenau-Steglitz (R. d. D. N. S. S.) veranstaltet Freitag, 20. August 1925, 7 Uhr, ein Freikonzert im Stadtpark Steglitz.

Schneiderkunst der Werkstoffe. Am 20. August beginnt in der Werkstätte der gemalmten Gesellschaft „Werkstoffe“, Potsdamer Str. 104 (Eingang Kurfürststraße) ein Schneider-Kursus, der vor allen Dingen Vätern Gelegenheit bieten soll, für ihre Kinder Kleider- und Festtagskleidung selber herzustellen. Der Unterricht wird in den Abenden 7—9 Uhr erteilt. Vorherige Anmeldung durch Postkarte erbeten. Das Honorar für 6 Wochen beträgt einschließlich Nähmaschinenbenutzung M. 5.—. Neben den praktischen Anleitungen finden Besprechungen über Stoff, Farbe, Behandlung der Stoffe und ähnliche Fragen statt.

## Die Schüsse von Gommern.

In den letzten drei Jahren sind wiederholt in der Gegend von Gommern, südlich von Magdeburg, Personen durch Gewehr- und Pistolenbeschüsse getötet, zum Teil verletzt, in zwei Fällen sogar getötet worden. Es war bisher nicht gelungen, Räuber über die Schießereien festzustellen, von denen man nur zu wissen glaubt, daß sie aus Militärgewehren oder -karabinern stammen. Jetzt hat der Magdeburger Polizeipräsident Menzel mit 200 Polizeibeamten eine genaue Durchsuchung in jener Gegend vorgenommen, besonders bei Beuten, die des Wilderens oder sonstwie verdächtig sind. Die Durchsuchung förderte eine große Menge Schusswaffen, darunter auch zwei Militärgewehre Model 98 zutage. Es wird Sache der weiteren kriminalistischen und schlichttechnischen Untersuchung sein, mit Hilfe dieser Funde den oder die Mordhähnen herauszutreiben.

# Gewerkschaftsbewegung

**Der Tarifvertrag steht dem Lohnruck im Wege.  
Die Holzhandlung Richard Wagner befeitigt das Hindernis.**

Bis zum 2. Juni bestand für die Plagarbeiter der Kuppelholzhandlung Richard Wagner, Bureau Augsburgstr. 61, ein zwischen der Firma und dem Deutschen Verkehrsband abgeschlossener Einzelvertrag, in dem die Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Arbeiter geregelt waren. Die Firma kündigte den Tarifvertrag zum genannten Tage, teilte der Organisation aber mit, daß der alte Vertrag unverändert bis zum Abschluß eines neuen weiterbestehen sollte. Entgegen diesem Versprechen setzte sie aber ab 15. Juli die Löhne und Akkorde ihrer Arbeiter um 10 bis 20 Prozent herab, ohne überhaupt in Verhandlungen mit der Organisation zu treten. Zwei Arbeiter, die gegen diesen Lohnabbau protestierten, wurde kurzerhand entlassen. Als darauf die Organisation telephonisch Verhandlungen nachsuchte, erklärte sich zwar der Direktor Wiegert dazu bereit, ließ sich aber jedesmal verleugnen, wenn die Organisationsvertreter zur Verhandlung erschienen. Auf eine schriftliche Anfrage hin erklärte dieser Direktor, daß er, wie alle anderen Geschäfte, zur Entlassung hätte schreiten müssen, im übrigen in seinem Betrieb keine Differenzen beständen. Darauf haben vier Plagarbeiter in einem Schriftsatz, unterschrieben bestätigt, daß die oben angeführten Differenzen nach wie vor beständen und noch keine Einigung erzielt sei.

Diese Erklärung wurde vom Verkehrsband der Firma am 12. d. M. überhandt mit der Bemerkung, daß dadurch der Nachweis erbracht sei, daß die Firma die Arbeitsbedingungen einseitig, ohne Einverständnis der Organisation und ihrer Arbeiter, festgelegt habe. Am 17. August antwortete die Firma mit einem von Unwahren behauptungen strotzenden Schreiben, in dem es u. a. über die gegen den Lohnabbau protestierenden Arbeiter heißt: „Wenn sie jetzt nicht mehr einverstanden sein sollten, dann können sie sich andere Arbeit suchen, die vielleicht lohnender sein könnte. Und zum Schluß: Wir haben nicht die Absicht, uns von den noch beschäftigten Arbeitern in diese Sache hineinreden zu lassen, oder ihnen überhaupt eine Erklärung darüber abzugeben.“ Nach Lage der Dinge erübrigt sich eine Verhandlung, denn es gibt gar keine strittigen Fragen zwischen uns und unseren Arbeitern.

Dieses Verhalten kennzeichnet so recht die Einstellung der Firma, die die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt rücksichtslos für sich ausnützt. Die Organisation wird sich jedenfalls dieser Firma bei der nächsten Lohnbewegung „dankebar“ erinnern.

## Dampferpartie bei Lindström.

**Erfolg des kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden.**

Die Schallplattenfabrik des Wertes beschloffen, eine Dampferpartie zu machen — mit finanzieller Beihilfe der Firma. Der kommunistische Betriebsratsvorsitzende wandte sich zu diesem Zwecke an die Firma, die den Betrag von 500 Mark zusagte. Unter der Bedingung, daß die gesamte Belegschaft sich an der Partie beteiligen kann, damit nicht noch andere Abteilungen mit denselben Schmerzen kommen. Die anderen Abteilungen wurden nicht erst um ihr Einverständnis befragt, obgleich ein Teil der Belegschaft, namentlich die Metallarbeiter, gegen eine solche Dampferpartie war. Die Firma wollte aber an dem Tage, für den die Dampferpartie geplant war, einem Sonnabend, den Betrieb nicht schließen. Eines guten Tages wurde nun plötzlich in der Mittagspause eine Betriebsversammlung einberufen, die durch Abstimmung entschieden sollte, daß der Betrieb am Sonnabend, den 21. August, geschlossen bleibt und die ausfallende Arbeitszeit von 5 Stunden durch 4 Stunden ausgeglichen werden soll. In der Versammlung auf dem Hofe konnte nur ein Redner dagegen sprechen, die übrigen kamen in dem Tumult nicht zum Wort oder sie wurden vom Vorsitzenden als „Unkel Velle“ lächerlich gemacht. Die Betriebsleitung sah sich das Theater oben aus dem Fenster mit an. Der Betriebsratsvorsitzende ließ in seiner Altruismus nur darüber abstimmen, ob die Dampferpartie unternommen werden soll, eine Frage, die vorher zu entscheiden gewesen wäre, bevor er die 500 M. bei der Firma loder machte. Diese Abstimmung ergab nur eine geringe Mehrheit. Das Resultat wurde stark angezweifelt und die Belegschaft ging unter heftigen Diskussionen auseinander.

Am Nachmittag gab die Betriebsleitung durch Anschlag bekannt, daß der Betrieb am 21. August geschlossen bleibt und in der laufenden Woche vom Montag bis Freitag täglich eine Stunde länger gearbeitet wird. Das ist das zweifelhafte Verdienst des kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden.

Nun vertritt ein Teil der Belegschaft den Standpunkt, daß er nicht verpflichtet ist, an der Dampferpartie teilzunehmen und deshalb auch nicht gezungen werden kann, wegen der Dampferpartie Überstunden zu machen.

Schon dieser Streit zeigt, daß die Arbeiterschaft in den Betrieben Besseres zu tun hat, als sich um Dampferpartien mit Geldern der Firma zu bemühen, zumal dann, wenn es sich um eine Firma handelt, die öfter mit dem Gewerbegericht zu tun hat und sich hier von einer Seite zeigt, die wenig Rücksicht auf die Arbeiterschaft erkennen läßt.

## Kein Lohnabbau im Fuhrgewerbe.

Wie wir bereits berichteten, hatte die Fuhrherreninnung dem Deutschen Verkehrsband das Lohnabkommen zum 31. Juli gekündigt und einen Abbau der Löhne um etwa 12 Proz. gefordert. Die

Fuhrherren hatten bereits im Januar versucht, die Löhne um 10 Proz. abzubauen. Damals hatte der Schlichtungsausschuß das im Oktober 1925 abgeschlossene Lohnabkommen mit vierzehntägiger Kündigungsfrist auf unbestimmte Zeit verlängert.

Weil die Fuhrherren feinerzeit mit dem beabsichtigten Lohnabbau nicht durchdrangen, glaubten sie jetzt, in der Zeit der allgemeinen Lohnabbaumanie, mehr Erfolg zu haben. Die Funktionen der Fuhrleute hatten ihre Organisation beauftragt, jede Verhandlung über einen Lohnabbau abzulehnen. Der Vorstand der Fuhrherreninnung rief nun den Schlichtungsausschuß an, der sich am 13. August mit dieser Angelegenheit beschäftigte.

Nach längerem Verhandlungen fällt die Kammer unter Vorsitz des Obermagistratsrats Schulz einen Schiedsspruch, wonach das bisherige Lohnabkommen unverändert bis zum 30. September bestehen bleiben soll. Bemerkenswert ist die folgende Begründung des Schiedsspruches: „Bei den scharfen Gegensätzen im Gewerbe erscheint der Wirtschaftsfriede auf das ernsteste bedroht. Die Kammer wünscht während der Zeit der Konjunktur einen Kampf zu vermeiden und hat daher bis 30. September 1926 den alten Lohnvertrag belassen. Für die Zeit nachher behält sie sich ihre Entscheidung vor.“

Eine gut besuchte Vollversammlung dieser Berufsgruppe nahm am Mittwoch in Boeters Festsaal zu dem Schiedsspruch Stellung. Die Versammlung übte scharfe Kritik an der eigentlichen Begründung dieses Schiedsspruches, da dadurch die Unternehmer geradezu angespornt würden, das Lohnabkommen zum 30. September wiederum zu kündigen und erneut einen Lohnabbau zu fordern. Die Auffassung, daß dann die Konjunktur im Fuhrgewerbe nachgelassen hat und die Zeit für einen Lohnabbau günstiger sei, dürfte sich als irrig herausstellen. Auch Ende September ist infolge der jetzt in Angriff genommenen Notstandsarbeiten und der Bautätigkeit noch mit guter Konjunktur im Fuhrgewerbe zu rechnen, so daß die Begründung des Schiedsspruches völlig abwegig ist.

Die Versammelten brachten weiter zum Ausdruck, daß sie sich mit allen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln zur Wehr setzen würden, wenn die Unternehmer mit ihren Abbauabsichten Ende September erneut auf den Plan treten würden. Der Schiedsspruch wurde von ihnen angenommen, da er an dem bisherigen Zustand nichts ändert. Ob die Fuhrherreninnung dem Schiedsspruch zustimmen wird, steht noch dahin, da sie erst heute abend dazu Stellung nimmt.

## Der englische Schachkanzler zum Streik.

Winston Churchill sprach Mittwoch abend in einer Versammlung in Swanton über die Lage im Kohlenbergbau, wie die Regierung sie sieht. Er erklärte, er habe allen Grund zu glauben, daß man eine dauernde und ehrenvolle Regelung erzielen werde. Die Tatsache, daß die Bergleute um eine Konferenz mit den Grubenbesitzern ersucht hätten, sei ein ermutigendes Zeichen, aber man könne noch nicht sagen, ob es sich nur um den verspäteten Versuch handele, weitere distriktweise Regelungen zu verhindern, oder um die Entschlossenheit der Bergleute, den Tatsachen gegenüber zu treten und alles Notwendige zu tun, um die Kohlenindustrie zu retten.

Das heißt also, Churchill glaubt, daß die Bergarbeiter in dem langen Kampfe derart zermürbt sind, daß sie die Bedingungen der Grubenbesitzer widerspruchslos akzeptieren, um die Kohlenindustrie zu retten. Daß die Unternehmer dazu in erster Linie beizutreten und das Programm der Kohlenkommission zu erfüllen haben, davon ist bei Churchill keine Rede. In der Unterwerfung der Bergarbeiter sieht er offenbar die für Regierung und Grubenbesitzer ehrenvolle Regelung.

Der Schachkanzler zeigte sich recht schlecht informiert, als er sich mit den politischen Begleiterscheinungen befaßte, die kommunistischen Tendenzen mit den sozialistisch-gewerkschaftlichen in einen Topf warf und den Zweck der Gegenwehr der Bergarbeiter gegen die Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen als Anstrengungen bezeichnete, die Wohlfahrt des Landes zu untergraben. Man dürfe jedoch auf eine Wiedergeburt der britischen Industrie noch während der jetzigen Parlamentsperiode hoffen. — Wenn es den Grubenbesitzern mit Hilfe der Regierung gelungen ist, die Bergarbeiter niederzurufen?

Der Generalkrieg und der Bergarbeiterstreik habe für alle Klassen der Bevölkerung sehr ungünstige Folgen gehabt. Der Streit habe zu einer Verarmung der arbeitenden Klasse und der kleinen Gewerbetreibenden geführt; außerdem hätten die Finanzen des Landes schweren Schaden gelitten. Die Möglichkeit einer Herabsetzung der Steuern sei dadurch aufgehoben worden. Churchill fügte hinzu, seine ganze Anstrengung sei darauf gerichtet, eine Erhöhung der Steuern zu vermeiden. — Auf Kosten der Bergarbeiter?

Churchill stellte ausdrücklich fest, die Auffassung der Regierung sei unverändert. Da er voraussetzt, daß auch die Auffassung der Unternehmer unverändert ist, dreht es sich für ihn wohl nur noch um die bedingungslose Unterwerfung der Bergarbeiter. Er wandte sich gegen eine weitere Subsidierung der Unternehmer, die ja nicht mehr in Frage kommt.

Im Verlauf seiner Rede wurde Churchill von Bergleuten verschiedentlich unterbrochen. Die Aufregungen steigerten sich schließlich derart, daß die Polizei herbeigerufen werden mußte. Nach Entfremung einiger Bergleute konnte, wie die T. L. berichtet, Churchill keine Rede beenden.

Nach allem haben die Bergarbeiter von der Regierung kaum etwas zu erhoffen — außer dem Achtstundentag unter Tage.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

## Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler.

tz. Frankfurt a. M., 19. August.

Am zweiten Verhandlungstag stand die Weiterberatung der Verschmelzungsfrage auf der Tagesordnung. Fischer-Freiburg befürwortet die Verschmelzung aus wirtschaftlichen Gründen und um zu verhindern, daß einzelne Mitglieder zugleich aus mehreren Kassen Vorteile ziehen könnten. Hummel vom Vorstand erläuterte den Gang der Verhandlungen in der Verschmelzungsfrage. Wenn heute gegen die Verschmelzung gestimmt werden sollte, dann übernehme man damit die Verpflichtung, mehr Agitation zu treiben. Jöhnder fordert die Verschmelzung aller Hilfskassen, lehnt aber den Eintritt in die Metallarbeiterkasse ab. Blum und Laufenberg wollen, daß der ganzen Frage etwas Zeit gegönnt werde. Zweck einer Verschmelzung dürfe nur sein, den Apparat zu verbilligen. Hud vom Vorstand behandelt noch einmal die Versuche, mit den anderen Kassen zu irgendwelchem Ziel zu kommen, da ja die letzte Generalversammlung in dieser Richtung vom Vorstand positive Arbeit verlangt habe. Rirgends sei ein ernstes Wille zu erkennen gewesen, und um überhaupt mit etwas Positivem vor die heutige Generalversammlung treten zu können, sei man zu dem Gedanken gekommen, mit der Metallarbeiterkasse allein zu verhandeln. Das Resultat liegt in dem Vertragsentwurf vor. Griefe-Berlin betont noch einmal, daß die Berliner Delegierten den festen Willen hätten, den Eintritt in die Metallarbeiterkasse zu verhindern. Die weitere Diskussion bringt keine wesentlichen neuen Momente. Zur Abstimmung liegen zwei Anträge Griefe-Berlin vor, die zur namentlichen Abstimmung gestellt werden.

Der erste Antrag: „Die Generalversammlung erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, daß vom Vorstand weitere Verhandlungen in der Verschmelzungsfrage mit den anderen Kassen gepflogen werden.“ wird einstimmig angenommen. Ebenso der zweite Antrag: „Der Uebtritt der Holzarbeiterkasse in die Metallarbeiterkasse wird von der Generalversammlung abgelehnt.“

Beschwerdefälle lagen nicht vor. Donnerstag früh wird über Satzungsänderungen verhandelt.

# Wirtschaft

## Großbritannien bleibt in der Stahlherzeugung zurück.

Infolge des Bergarbeiterstreiks wurde die englische Stahlproduktion vollständig lahmgelegt. Auch vor dem Streik war jedoch die Entwicklung der englischen Stahlherzeugung im Vergleich zur Weltproduktion nicht günstig. Die Stahlherzeugung der Welt ist in den letzten 50 Jahren gewaltig angestiegen. Von 6 Millionen Tonnen im Jahre 1875 erhöhte sie sich auf 81 Millionen Tonnen im Jahre 1925. Bis 1914 steigt die Kurve, die in der Zeitschrift der amerikanischen Schwerindustrie, dem „Iron Age“ veröffentlicht wird, gleichmäßig steil an.

Mit Kriegsausbruch aber erleidet die Weltstahlherzeugung zunächst einen erheblichen Rückgang. Auf dem Kontinent nimmt die Stahlproduktion während der Kriegsjahre fast ununterbrochen ab: 1913 betrug sie noch 35 Millionen Tonnen, 1919 dagegen nur noch 12 Millionen Tonnen. Die britische Stahlindustrie dagegen konnte trotz des Krieges nach ihrer Produktion, wenn auch in mäßigem Grade erhöhen, und die Stahlherzeugung der Vereinigten Staaten nahm vom zweiten Kriegsjahr an einen gewaltigen Aufschwung, von 24 Millionen Tonnen auf 45 Millionen Tonnen zu Kriegsende.

Dann allerdings, als die Kriegskonjunktur aufhörte, sank sie erheblich und zeigt ebenso wie die Kurve der Weltstahlherzeugung auch wieder im Jahre 1921, zur Zeit des großen Kohlenstreits in England, einen großen Rückschlag: von 78 Millionen Tonnen im Jahre 1917 sank sie auf 42 Millionen Tonnen im Jahre 1921 zurück. Von da an aber geht sie steil in die Höhe, und dieser Aufstieg erfährt nur 1923 infolge der Ruhrbesetzung noch eine kleine Verzögerung. Es ist nun auffällig, daß schon vor dem Kriege die Stahlherzeugungskurve Großbritanniens viel langsamer ansteigt als die des europäischen Kontinents und der Vereinigten Staaten, und auch nach dem Kriege weist sie keine entsprechenden Steigerungen auf und bleibt hinter den übrigen Kurven zurück.

Während die Stahlherzeugung Großbritanniens 1890 mit 5 Millionen Tonnen etwa der des Kontinents und auch der der Vereinigten Staaten gleichkam, stieg sie bis 1925 nur auf 8 Millionen Tonnen, die des Kontinents dagegen bis auf 36 Millionen Tonnen, die der Vereinigten Staaten auf 43 Millionen Tonnen. Man schreibt diesen raschen Fortschritt in den außerbritischen Ländern einestells der erfolgreichen Konzentrationsbewegung der außerbritischen Stahlindustrie zu, durch welche Produktionskonzentrationen erzielt wurden, andernteils jedoch beruht der Aufschwung, wenigstens in den Vereinigten Staaten, auf den großen Erzvorkommen am Oberen See. Jedoch sollen diese Vorkommen, nach Schätzung eines amerikanischen Sachverständigen, etwa in 20 Jahren erschöpft sein, und es macht sich daher schon jetzt für Amerika ein besseres und sparsameres Haushalten mit diesem wichtigsten Metall nötig.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Heinz Osterhaus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schifano; Verlags- und Druckerei: Fritz Korbmann; Anzeigen: Th. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

# Einsegnungs-Anzüge

in vielseitiger Auswahl fertig am Lager  
zu niedrigsten Preisen

<p>Blauer Cheviot 2reihig . . . . Gr. 38 M. <b>30.—</b></p> <p>Blauer Cheviot bewährte Qualität, 1- und 2reihig . . . . Gr. 38 M. <b>36.—</b></p> <p>Marengo-Cheviot sehr dauerhaft, Gr. 38 M. <b>43.—</b></p> <p>Blauer Woll-Cheviot solide Qualität, Gr. 38 M. <b>47.—</b></p> <p>Reinwollen. Cheviot in blau, schwarz u. marengo, Gr. 38 M. <b>57.—</b></p>	<p>Kammgarn-Cheviot blau, besonders haltbar . . . Gr. 38 M. <b>63.—</b></p> <p>Melton-Cheviot in blau, schwarz und marengo . . . Gr. 38 M. <b>75.—</b></p> <p>Twill-Kammgarn blau und schwarz, sehr elegant . . . Gr. 38 M. <b>89.—</b></p> <p>Smoking-Anzug schwarzer Melton-Cheviot m. Seldenspiegel, Gr. 38 M. <b>82.—</b></p> <p>Sacco-Anzüge in vielen Farben u. modernen Formen . . . Gr. 38 von M. <b>30.—</b></p>
--	---

Oberhemd 5.75 / Hüte 4.25 / Handschuhe 3.75 / Schleifen 1.25

# Leineweber

Berlin C, Kölnischer Fischmarkt 4-6

